Suhler Andere Zeitung

32. Jahrgang / Nr. 367 | Februar 2023 | Preis: eine Spende

Frohes neues Jahr 2023

Wir hoffen, alle sind gut ins neue Jahr gekommen und konnten Kräfte für die Herausforderungen dieses Jahres sammeln. Eine Herausforderung für uns war es schon letztes Jahr die Redaktion der SAZ funktionsfähig aufzustellen und damit unseren qualitativen Ansprüchen endlich wieder gerecht zu werden. Da wir dieses Problem letztes Jahr nicht mehr lösen konnten, gab es, wie ihr sicher mitbekommen habt, im Januar keine Ausgabe. Das tut uns sehr leid. Dafür haben wir nun hoffentlich eine gute Lösung gefunden und können ab jetzt eine Suhler Andere Zeitung herausgeben, mit der wir alle zufrieden sind. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Zeitungen oft erst sehr spät bei euch ankamen und Termine damit schon teilweise vergangen waren. Auch dieses Problem haben wir hoffentlich nun behoben. Natürlich dürfen weiterhin gerne Artikel an uns gesendet werden, die wir mit veröffentlichen können.

Ein weiterer Schritt ist die Wiedereinführung des Geschäfts- und Kassendienstes, der ab 16. Februar jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 15 bis 17 Uhr für alle Anfragen und Themen zur Verfügung steht.

Um die Kommunikation und den Informationsfluss zu verbessern, haben wir eine WhatsApp-Gruppe gegründet, in der wir Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen mit euch teilen. Wer an dieser Gruppe beteiligt werden möchte, kann sich gerne melden und wird hinzugefügt. – Ronja Lenz –

Pläne für das Jahr 2023

In unserer ersten Vorstandssitzung in diesem Jahr haben wir vor allem über die nächsten Vorhaben im neuen Jahr gesprochen. Da zuvor die Versammlung der BO-Nordost stattgefunden hatte, wurde dabei auch über den Plan beraten, mehr als zwei Gesamtmitgliederversammlungen im Jahr stattfinden zu lassen. Wir haben lange das für und wider diskutiert, sind dann aber einstimmig zu der Meinung gekommen, dass es unsere Kapazitäten übersteigt, solche Veranstaltungen zu organisieren. Der Vorstand denkt, dass es genug Möglichkeiten gibt, bei denen sich Genossen und Sympathisanten austauschen können. Diese sollten von allen Mitgliedern mehr und intensiver genutzt werden. Mit unserer neuen Geschäftstelle haben wir nun die räumlichen Möglichkeiten, Treffen mit bis zu 30 Personen stattfinden zu lassen. Es könnten also auch alle BO-Versammlungen ohne größeren Aufwand dort durchgeführt werden. Wenn sich die BOs untereinander einigen, könnte in jedem Monat eine BO dort tagen, dann würden sich alle Genossen viertel jährlich im größeren Rahmen treffen können.

Außer den zwei Gesamtmitgliederversammlungen, eine im Frühjahr und eine im Herbst, wird es einen Jahresempfang und ein Sommerfest geben. Des weiteren findet regelmäßig einmal im Monat das Polit-Café 15 Uhr in der GS, sowie ein politischer Stammtisch im Davids 18 Uhr statt. Meist 14-tägig haben wir Vorstandsitzung. Diese sind öffentlich und können ebenfalls von allen besucht werden. Unsere direkten Termine können telefonisch erfragt werden, auch stehen sie in der SAZ.

Weiterhin wollen und werden wir aktuelle politische Gesprächsrunden und Veranstaltungen organisieren. Die erste wird am 08.02. 2023 zum Thema Energiepolitik mit dem energiepolitischen Sprecher unserer Landtagsfraktion, Markus Gleichmann, sein. Und auch das Gesprächsforum Alternativ wird weiterhin allen die Möglichkeit geben, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

Ein sehr arbeitsreiches Jahr liegt vor uns. Helft uns, dass es für alle ein gutes, erfülltes und erfolgreiches Jahr für Die Linke.Suhl wird.

– Claudia Höpfner –

Basisorganisation mit Jahresauftakt

Am 10.01. 2023 startete die BO-Nordost mit einem geselligen Jahresauftakt ihre politische Arbeit im neuen Jahr. Es war die erste Versammlung dieser Art in der neuen Geschäftsstelle. Über 20 Mitglieder waren der Einladung gefolgt. Auch waren Mitglieder unserer Stadtratsfraktion und des Stadtvorstandes dabei. Leider konnte Sonja Reinhardt, die bisher die BO geleitet hat, aus gesundheitlichen Gründen nicht daran teilnehmen. An dieser Stelle wünschen wir ihr alles Gute und wir hoffen, dass sie beim nächsten Mal wieder dabei sein kann. Bei Kaffee, Obst und Gebäck kamen die Genoss:innen ins Gespräch. Helmut Bessner leitete die Versammlung. Besonders wichtig war den Genoss:innen, sich über den Russland-Ukraine-Krieg und alle Sorgen und Nöte, die damit zusammenhängen, auszutauschen. Es wurde diskutiert, wie problematisch für viele die öffentliche Meinung verschiedener Mandatsträger in Bund und Land ist. Dabei wurden die Äußerungen von Bodo Ramelow bezüglich der Waffenlieferungen für die Ukraine sehr kritisch bewertet.

Reiner Miersch gab ausführliche Erläuterungen zum Finanzhaushalt der Stadt.

Desweiteren ging es um die Vorhaben im Stadtverband im neuen Jahr. Leider konnten noch keine konkreten Vorhaben von Seiten des Vorstandes benannt werden, da sich der Vorstand zu diesem Zeitpunkt noch nicht getroffen hatte. Dennoch benannte er einige Formate, an denen auch immer alle Mitglieder teilnehmen können. Dazu gehören einmal monatlich das Polit-Café in der Geschäftsstelle und der Stammtisch in der Gaststätte Davids. Die neue Geschäftstelle soll regelmäßige Treffen zu aktuellen politischen Themen ermöglichen. Ein erstes Treffen findet am 08.02.2023 zum Thema Energiepolitik mit dem energiepolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Markus Gleichmann, statt. Auch wird darüber nachgedacht Lesungen, Filmabende und ähnliches in der Geschäftstelle zu etablieren. Der Vorstand warb damit, doch die vorhandenen Formate mehr zu nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Erneut wurden alle aufgefordert, sich mehr an der inhaltlichen Gestaltung der SAZ, durch zum Beispiel Leserbriefe, zu beteiligen. Nach gut eineinhalb Stunden endete die erste BO-Versammlung. Wir denken, dass es ein gelungener Start für ein neues politisches Jahr war.

– Claudia Höpfner –

Klimaaktivismus oder sinnlose Unruhestiftung?

Wenn man in den letzten Wochen und Monaten in den Medien unterwegs war, kam man neben Krieg, Energiekosten und Inflation an genau einer Thematik nicht vorbei: den „Klimaklebern“. Jetzt fragt man sich natürlich: „Was bringt es dem Klima, wenn ich mich auf eine Autobahn klebe, oder einen Van Gogh mit Tomatensuppe beschmeiße?“. Die Antwort ist recht simpel, nämlich nichts. Wie „Letzte Generation“ oder „Extinction Rebellion“ auf diese Idee kamen, frage ich mich auch selbst immer noch. Dennoch machen sie dies natürlich nicht aus Spaß, sondern wollen ihre politischen Ziele auf diese Art und Weise durchdrücken. Schauen wir uns einmal ihre Ziele an. In diesem Beispiel habe ich mich auf der Website der „Letzten Generation“ einmal belesen, was ihre Forderungen sind. Und zwar erstens ein Tempolimit von 100km/h auf deutschen Autobahnen und zweitens bezahlbaren Fern- und Nahverkehr bzw. die Wiedereinführung des 9-Euro Tickets. Ähnliches fordert beispielsweise die Linke ebenfalls. Der Unterschied ist nur, dass wir es auf einem parlamentarischen Weg probieren. Wofür sie also eintreten ist grundsätzlich etwas Gutes. Leider treffen viele ihrer Aktionen aber eher Personen, die für die aktuelle Lage wenig, bis nix können. Nämlich die ganz normalen Bürger. Und leider machen sie es auf die Weise, wie es schon die Querdenker probiert haben, indem sie einfach am „lautesten“ sind. Sich versuchen Gehör zu verschaffen ist erst recht als junger Mensch sehr schwierig. Trotzdem sollten solche Aktionen nicht davon geprägt sein. Meinetwegen können sie sich das nächste Mal an die Limousine von Herrn Habeck kleben. Damit würden sie wenigstens eine zuständige Person erreichen. Wiederrum finde ich die Meinungsmache gegen die Aktivisten mehr als schwierig. Bestes Beispiel, der mehr als tragische Vorfall in Berlin vor wenigen Wochen, als eine Fahrradfahrerin eingeklemmt wurde, und angeblich wegen des Staues durch die Aktivisten, ein Spezialfahrzeug nicht zum Unfallort kam. Im Nachhinein stellte sich heraus das, egal ob der Stau gewesen wäre oder nicht, das Fahrzeug an der Situation wahrscheinlich nix hätte ändern können, bzw. es die Rettung nicht erfolgreicher gemacht hätte. Viele Medien und Politiker greifen das Ganze nun so auf, als läge die alleinige Schuld für den Tod der jungen Frau bei den Aktivisten. Was viele dabei vergessen, es gibt in Deutschland (Stand 2018) jährlich rund 745.000 Stauereignisse. Auch hierbei werden durch fehlende Rettungsgassen, usw. Menschenleben riskiert. Das dies in den Großstädten aber eher an einem Infrastrukturellen Problem liegt und weniger an ein paar Aktivisten tritt dann erstmal in den Hintergrund. Lieber wird erstmal gegen diese Stimmung gemacht. Ich finde es auch sehr gefährlich, dass nun beispielsweise in Bayern, Personen die angekündigt haben eine Aktion durchführen zu wollen, in Haft gesteckt werden. Als tausende (teils gewaltbereit) gegen die Coronamaßnahmen demonstrierten und montags „spazieren“ gegangen sind, war auch nie die Rede davon, die Gesellschaft vor diesen schützen zu müssen. Das ist demokratiefeindliches Handeln, und bietet Spielraum für die Politik, Leute erstmal aus dem Weg zu schaffen, die ihnen nicht gefallen.

Resümee: Wie die Aktivisten agieren finde ich nicht gut. Dennoch stehen sie für die richtigen Dinge ein. Leider wird diese Art von Aktivismus aber in Zukunft eher kontraproduktiv für Klimaaktivismus sein, da es die Fronten nochmals sehr verhärtet. Aber evtl. hat es ja wirklich den einen oder anderen zum Nachdenken angeregt. Ich lasse mich überraschen!

– Jill-Noah Woita –

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de
Email: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe 2023 ist am 20.02.2023.

Gedenken an Karl und Rosa

Am 15. Januar 1919 wurden die beiden Sozialistenführer und Widerstandskämpfer gegen Krieg und soziale Not von Mitgliedern eines Berliner Freikorbs ermordet und ihre Leichen

in den Landwehrkanal geworfen. Nichts sollte mehr and die beiden aufrechten Kriegsgegner erinnern. Aber weit gefehlt, noch heute, nach mehr als 100 Jahren erinnern wir an das Leben und Wirken von Karl und Rosa. So fand auch in diesem Jahr am 15. Januar in den Vormittagsstunden des Sonntages eine Gedenkveranstaltung am Ehrenmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Suhler Stadtpark statt. Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Partei die LINKE, die SPD, dem Suhler Bündnis gegen Rechtsextremismus sowie den Verfolgten des Naziregime/Bündnis der Antifaschisten. Es hatten sich zahlreiche GenossInnen der Parteien und Suhler BürgerInnen um 10.00 Uhr im Stadtpark eingefunden um der schrecklichen Greueltaten gegen die beiden aufrechten Sozialisten zu gedenken. Die Rede hielt unser junger Genosse und Mitglied des Stadtvorstandes Jonas Kühnert. Bei einem Blick in die Gegenwart unserer Gesellschaft und unserer Erde musste er feststellen, dass der Schoß noch fruchtbar ist für das, was aus ihm kroch. Nicht umsonst wurde die Gedenkveranstaltung mit dem Song von Konstantin Wecker, dem Aufruf "Sage Nein" eröffnet. Weil die gegenwärtige Situation so aktuell ist meinte Jonas, man solle sich nicht zurückhalten und lieber einmal mehr das Maul aufmachen als zu wenig. Wir müssen kämpfen gegen Krieg, für Frieden in der Welt, gegen Rassismus und gegen soziale Ungerechtigkeit, Also, "Auf, auf zum Kampf..." wie schon das alte Arbeiterkampflied fordert.

– Annette Fritz –

Von der Geschichtsschreibung beider deutscher Staaten lange verschwiegen:

Nikolaus Pfaff (1892 – 1951)

Wie konnte das passieren?

Nikolaus Pfaff war eines der vierzehn Kinder einer sehr armen Korbmacherfamilie aus Michelau. 1914, nach vier Jahren engagierter Tätigkeit an bayrischen Schulen muss Nikolaus wie hunderttausende junger Männer in den Krieg ziehen und tut dies als kaiserlicher Offizier mit der festen Überzeugung einer patriotischen Pflicht für seinen Kaiser, Gott und Vaterland.

Schnell ernüchtert von den barbarischen Widerwärtigkeiten des Krieges vertieft er sich mit der für ihn charakteristischen Gründlichkeit in die Suche nach den Ursachen für das von Menschen angerichtete unmenschliche Leid und wird fündig in den Schriften von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Bertha von Suttner, Marx und Engels. Folgerichtig führt nach Rückkehr aus dem Krieg der Weg des jungen Pädagogen in die KPD. Um einer Entlassung zu entgehen sucht er im „freisinnigeren“ Thüringen eine Anstellung und beginnt am 1.Juni 1920 an der Lutherschule in Zella-Mehlis als Lehrer.

Außergewöhnlich schnell findet er Verbündete in der Zella-Mehliser Arbeiterschaft, die wie er erkannt hatte: Dem Frieden und den Menschen zuliebe muss man die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern! Sein politischer Scharfsinn, seine Wortgewandtheit auf der Grundlage seines umfangreichen Wissens und seine menschliche Ausstrahlung führten zu einem enormen Wachstum der linken Bewegung in Zella-Mehlis und Umgebung welche z. B. die KPD bis zu 1933 zur stärksten Kraft im heimatlichen Stadtparlament machte. Pfaff wurde Stadt- und Kreisrat, 1928 zunächst Landesvorsitzender der KPD in Großthüringen und noch 1929/1930 KPD-Abgeordneter des Deutschen Reichstages, bis er wegen angeblichem Hochverrat ein Jahr Festungshaft verbüßen musste. Aus der Festungshaft in Groß-Strehlitz 1932 entlassen stürzte er sich im Juli 1932 sofort in den Reichstags-Wahlkampf. Wegen der Benennung einer Reihe von Fehlern und Schwächen des Thälmann´schen Zentralkomitees, vor allem der falschen Bündnispolitik gegenüber der SPD und der angeblich zu pessimistisch betrachteten Einschätzung der faschistischen Gefahr verhängte man über ihn ein Rede- und Funktionsverbot, wahrscheinlich auch einen Parteiausschluss.

Dennoch unterstützte er seine Genossinnen und Genossen schweigend so aktiv wie möglich und seit dem 30. Januar 1933 organisierte er mit anderen unter Lebensgefahr den antifaschistischen Widerstand.

Nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft setzte er sich sofort mit der ihm verbliebenen Kraft für ein neues besseres Deutschland ein. Er wies immer wieder auf den Mangel an Demokratie und die zunehmende Entfremdung der SED-Führung von den arbeitenden Menschen hin. Das brachte ihm wiederum eine Art „Abschaltung“ als Politiker ein, schmerzhaft besonders den Ausschluss aus SED und VVN.

– Heike Gundlach –

Dass das Leben von Nikolaus Pfaff und seiner Familie mit großen Opfern, unsagbarem Leid, viel Mut, unverbrüchlicher Menschlichkeit und einer tiefen Liebe verbunden war, ist nachlesbar in dem wunderbaren Buch von Heike Gundlach über ihren Großvater „Pfaff – bevor alles ganz verblasst“.

Solidarität mit den Opfern von Trans*feindlichkeit

In der Nacht vom 19. auf den 20.11.2022 wurde in Colorado Springs im US-Bundesstaat Colorado ein Terroranschlag auf einen Nachtclub der dortigen queeren Szene verübt. Kurz vor Mitternacht stürmte der Attentäter den Club und schoss mit einem automatischen Gewehr wahllos auf die Anwesenden. Fünf Menschen wurden getötet und 25 weitere verletzt, bevor es einem der Clubbesucher gelang, den Schützen zu Boden zu werfen und zu entwaffnen.

Diese Tat ereignete sich eine Woche bevor ich diesen Artikel schreibe. Möglicherweise ist sie zu dem Zeitpunkt, an dem Ihr ihn lest, nicht mehr die jüngste Tat dieser Art. Denn selbst in vermeintlich progressiven und toleranten Regionen der Welt wie Europa und den USA gehören Beleidigungen, Drohungen, sowie die Gefahr von körperlicher Gewalt bis hin zum Mord zum Alltag für Schwule, Lesben, trans* und nichtbinäre Personen.

Diese Gewalt geschieht nicht zufällig, sondern wird gezielt von der politischen Rechten befeuert. Rechtsradikale Medien, bis hin zu Politikern der rechtskonservativen Republikanischen Partei, wiederholen bei jeder Gelegenheit die absurde Erzählung, die gesellschaftliche Akzeptanz von trans* Menschen führe zu einer „Frühsexualisierung von Kindern“. Der vermeintliche Schutz von Kindern und traditionellen Familienwerten wird daraufhin als Vorwand genutzt, um diskriminierende Gesetze, vor allem gegen trans* und nichtbinäre Menschen, zu erlassen und um öffentlich und frei von rechtlichen Konsequenzen zur Gewalt gegen diese Gruppen aufzurufen.

Diese systematische Diskriminierung, die hetzerische und entmenschlichende Propaganda, die von rechtsgerichteten Medien betrieben wird, sowie deren Leugnung, für die Radikalisierung der Täter eine Mitverantwortung zu tragen, sind Verhaltensweisen, die von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation Genocide Watch als frühe Stadien eines Völkermordes identifiziert wurden. Es ist abzusehen, dass, wenn der Entwicklung der Situation freier Lauf gelassen wird, diese relativ unorganisierten Akte stochastischen Terrors zur systematischen Verfolgung und Ermordung von trans* Menschen auf nationaler Ebene eskalieren können.

Gleichzeitig ist dieses Problem nicht einzig auf die USA beschränkt. Auch in Deutschland sind ähnliche hetzerische Erzählungen längst angekommen. So warnte die Zeitung „Welt“ des Axel Springer Verlags im Sommer dieses Jahres vor sogenannter „Transgender-Ideologie in der Sendung mit der Maus“ und übernimmt dabei trans*feindliche Rhetorik, wie sie regelmäßig von Seiten der AfD geäußert wird.

Ich möchte mich mit diesem Artikel direkt an Euch wenden, liebe Genossinnen und Genossen. Bitte seid wachsam, wenn Euch trans*feindliche Propaganda im Alltag begegnet. Bitte seid euch bewusst, dass es sich hier um keine ernsthaften Sorgen um das Wohl von Kindern handelt, sondern rein um rechten Populismus mit dem Ziel, von der eigenen unsozialen Politik abzulenken und Diskriminierung und Gewalt gegen marginalisierte Gruppen zu rechtfertigen.

Bitte informiert euch, solidarisiert euch und unterstützt unsere queeren Mitmenschen im Kampf für Würde und Gleichberechtigung.

– Jonas Kühnert –

Termine Februar 2023

06.02.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung Geschäftsstelle
08.02.	xx:xx Uhr	Vortrag und Diskussion zu Energie mit Markus Gleichmann Geschäftsstelle
09.02.	15 Uhr	Polit-Café Geschäftsstelle
13.02.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung Geschäftsstelle
14.02.	16:30 Uhr	Vorstand Geschäftsstelle
16.02.	19:00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ „Warum die Legalisierung von Cannabis eine soziokulturelle Errungenschaft ist“ mit Frank Tempel und Stefan Räthel. Kulturbaustelle
20.02.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung Geschäftsstelle
24.02.	xx:xx Uhr	politischer Stammtisch in der Geschäftsstelle
27.02.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung Geschäftsstelle
28.02.	16:30 Uhr	Vorstand Geschäftsstelle

Quo vadis DRFG

Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft – ist das eigentlich zeitgemäß?

Die Gesellschaft verurteilt den Angriffskrieg Putins ebenso wie die permanenten Waffenlieferungen, auch von deutscher Seite, in die Ukraine. Die Gesellschaft tritt ein für eine Beendigung des Krieges durch Friedensverhandlungen

Aber Freundschaft mit Russland – geht das unter diesen Bedingungen? Wir dürfen uns nicht täuschen lassen, das heutige Russland und auch die Ukraine sind nicht mehr die Gesellschaft, wie sie wir in unserer Geschichte, in unserem Leben kennengelernt habe. Es sind kapitalistische Staaten, in denen privatwirtschaftliche Verhältnisse schlimmsten Ausmaßes vorherrschen. Vetternwirtschaft steht auf der Tagesordnung. Oligarchen diktieren das gesellschaftliche und politische Leben.

Dieser Angriffskrieg muss schnellstens beendet werden!

Und trotzdem bin ich überzeugt, dass viele Menschen in Russland und besonders auch in unserem Partnerbezirk Kaluga, die freundschaftlichen Beziehungen, die sich über Jahre entwickelt haben, zu schätzen wissen. Ich denke an gemeinsame Pionierlager, Freundschaftszüge der Gewerkschaften, Initiativen des Jugendreisebüros bis hin zu Maßnahmen der DRFG auf kommunaler Ebene wie Fotoausstellungen u.a.m.

Ich weiß natürlich auch, dass unter den heutigen Bedingungen das gewohnte Miteinander nicht möglich ist. Ich will nicht schwarzmalen – das wird auch unmittelbar nach dem Krieg nicht so schnell wieder unser gewünschtes Niveau erreichen.

Dass wir wieder Deutsch-Russische-Freundschaft künftig leben können, das hängt auch davon ab, die Erfahrungen in unseren Herzen zu bewahren, damit später ein neuer Spross sich entwickeln kann. Natürlich können interessierte und engagierte Bürger unserer Gesellschaft beitreten.

Ich erinnere mich an ein herzliches Gespräch mit Iwan Fjodorowitsch, Oberst der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg. Wir waren uns einig, Frieden und Freundschaft für immer! So werde ich auch immer dafür eintreten den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begehen.

– Achim Nickel –